
Buchbesprechungen

Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus? Essay. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1991, 142 S., 12 DM.

Gegen die sich ausbreitende Tendenz in der akademischen Linken, irritiert das Scheitern aller Sozialismuskonzepte einzugestehen, hat die SPD auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember 1989 mit der Verabschiedung des neuen Grundsatzpro-

gramms selbstbewußt ihr Bekenntnis zu Inhalt und Begriff des Demokratischen Sozialismus ohne Wenn und Aber bekräftigt. Auch auf dem Vereinigungsparteitag mit der SPD der damaligen DDR im September 1990 und auf dem Bremer Parteitag im Mai 1991 haben alle führenden Sozialdemokraten dieses Bekenntnis wiederholt. Inzwischen deutet sich allerdings an, daß auch die Sozialdemokratie stärker

in die Sozialismusdiskussionen hineingezogen wird.

Während verstreute Äußerungen einzelner Sozialdemokraten gegen das Wort Sozialismus bislang das Festhalten am fast 130jährigen Leitbegriff der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nicht zu beeinträchtigen scheinen, kommt dem bei Rowohl erschienenen Essay von Thomas Meyer, „Was bleibt vom Sozialismus?“ weit größeres politisches und intellektuelles Gewicht zu. Denn hier stellt ein sozialdemokratischer Intellektueller den Begriff Sozialismus in Frage, der nicht nur das Konzept des Demokratischen Sozialismus gut kennt, sondern in den vergangenen zwei Jahrzehnten daran gearbeitet hat, dieses weitgehend unbekannt oder verkannte Konzept innerhalb und außerhalb der SPD erst einmal bekanntzumachen.

Gegenstand seines impressionistischen, geistreich formulierten Essays ist nicht der Inhalt des Demokratischen Sozialismus, sondern die „semantische“ Frage, ob das Wort Sozialismus noch geeignet ist, den Inhalt sozialdemokratischer Theorie und Programmatik zu benennen. Die überzeugenden inhaltlichen Antworten des Demokratischen Sozialismus beantworten für Meyer noch nicht die Frage, ob dadurch auch das Wort Sozialismus zu retten ist. Wie ein roter Faden ziehen sich durch den gesamten Essay die geschickt und einprägsam formulierten negativen Urteile und Assoziationen, mit denen in den öffentlichen Diskursen das Wort Sozialismus einen widersprüchlichen und abstoßenden Inhalt erhält.

Da der Essay nicht das Ende, sondern den Beginn eines neuen Reflexionsprozesses dokumentiert, gibt er nicht die Antwort, daß sich die SPD nur durch Preisgabe des nicht zu rettenden Wortes Sozialismus retten kann. Meyer deutet keinen Ausweg aus dem Dilemma an, sondern sieht die SPD in einer semantischen Todesfalle: „Die Preisgabe des traditionsreichen Kennworts wird zur Verwirrung und Machtlosigkeit führen. Das Festhalten an ihm nicht weniger“ (S. 132). Ein Essayist

kann natürlich ganz im Sinne des postmodernen Zeitgeistes der Entscheidung über die Alternative „Festhalten“ oder „Preisgabe“ des Leitbegriffs ausweichen. Aber eine politische Partei kann nicht einerseits durch ausdrückliche Preisgabe des Begriffs Demokratischer Sozialismus „Verwirrung und Machtlosigkeit“ befördern und zugleich durch bewußtes Festhalten daran die intellektuelle Schubkraft zur Schaffung von „Verwirrung und Machtlosigkeit“ verdoppeln. Daher ist zu prüfen, ob die Entscheidung für eine der beiden Alternativen die Chancen der SPD erhöhen könnte, der „Verwirrung und Machtlosigkeit“ erfolgreich entgegenzuwirken und der semantischen Todesfalle zu entkommen.

Eine Hauptursache für das schlechte Ansehen des Wortes Sozialismus sieht Meyer in der verbreiteten Begriffskonfusion, in der mangelhaften Unterscheidung zwischen dem gescheiterten real existierenden Sozialismus und dem ganz anderen Konzept des Demokratischen Sozialismus. Er arbeitet zwar das gesunde reformsocialistische Godesberger Konzept heraus, benutzt es aber nicht, um den schwerkranken Sozialismusbegriff zu retten. (Auf dem Gebiet der intellektuellen Diskurse gibt es ja wohl nicht das Delikt der unterlassenen Hilfeleistung!) Um zu begründen, daß das Wort Sozialismus unheilbar auf der Intensivstation liegt, bezieht er sich vielmehr auf Argumentationsmuster der sozialistischen Theorien der akademischen Linken, die in deutlichem Gegensatz zum Godesberger Konzept stehen, wie zum Beispiel die Feststellungen:

- Der Sozialismus „fand aber nicht die Kraft, den Erlösungsschein aus seinen Begriffen zu verbannen“ (S. 129).
- „Es bürgerte sich ein Dualismus von Handeln und Rhetorik ein“ (S. 129).
- „Die Automatik des Utopieüberschusses (...) entwertete jeden Schritt wirklichen Fortschritts“ (S. 129).

All diese zu recht kritisierten Denkmuster sozialistischer Theorie, die sich noch behebiger vermehren ließen, sind überzeugende Argumente für die Überlegenheit

des sozialdemokratischen Sozialismuskonzeptes gegenüber allen marxistischen Konzepten; aber wegen einer „regellos“ gewordenen Semantik werden alle Fakten und Argumente für den Erfolg der sozialdemokratischen Konzeption des Demokratischen Sozialismus zu Symptomen für die unheilbare Krankheit des Sozialismus schlechthin umgedeutet.

Auch andere Argumente, die Thomas Meyer für die unheilbare Krankheit des Wortes Sozialismus anführt, lassen sich eher als Begründung für die Notwendigkeit heranziehen, den Begriff zu rehabilitieren. Während für ihn „ein Ungewisser utopischer Überschuß“ (S. 123) ein Argument gegen den Begriff des Sozialismus ist, könnte dieser über das bloß Bestehende hinausweisende Gehalt des Begriffs ebenfalls ein Argument für seine Rettung sein.

Selbst wenn man die kritischen Einwände gegen die Beweisführung für das ausweglose semantische Dilemma der SPD ausklammert und nur die von Meyer selbst verwendeten Fakten und Argumente auf die Waagschale legt, ergibt sich die Schlußfolgerung: Die „Preisgabe“ würde in weit stärkerem Maße zu „Verwirrung und Machtlosigkeit“ führen als das selbstbewußte Festhalten am Begriff des Demokratischen Sozialismus.

Während die meisten Linken die semantischen Aspekte sträflich unterschätzt haben, hat sie Thomas Meyer gleichermaßen überschätzt. Sowohl Überschätzung als auch Unterschätzung der Semantik beeinträchtigen die politische Überzeugungskraft. Meyer hat durch Betonung der Semantik die Hauptursache für das Dilemma der SPD übersehen: Nicht das Wort Sozialismus, sondern die fehlende Kenntnis ihres reformistischen Sozialismuskonzeptes hat es so leicht gemacht, die Sozialdemokratie mit dem gescheiterten Realsozialismus in Verbindung zu bringen. Diese theoretische Sprachlosigkeit, die Willy Brandt noch als Versäumnis kritisieren kann, würde zwar durch die Preisgabe ihres Leitbegriffs zu einer Tugend werden, aber der Verzicht

auf das Wort Sozialismus würde nicht dazu beitragen, die theoretische Sprachlosigkeit zu überwinden und das eigene geistig-theoretische und programmatische Selbstverständnis, unter welchem Namen auch immer, offensiv zur Sprache zu bringen.

Mit dem Verzicht auf das Wort Sozialismus würde es die SPD endgültig und widerspruchslos hinnehmen, daß ihr ISOjähriger Leitbegriff weiterhin allein von triumphierenden Rechten und enttäuschten Unken Revolutionären mit einem Abscheu erregenden Inhalt gefüllt wird und als abschreckendes Stigma werbewirksam auf die SPD projiziert wird. Denn der semantische Pazifismus der Linken wird den semantischen Bellizismus der Rechten gewiß nicht friedlich stimmen.

In der Feierstunde zum 40. Jahrestag der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale im Juni 1991 wandte sich ihr Präsident Willy Brandt gegen jene, die meinen, „der Begriff Sozialismus“ sei für immer verbraucht: „Aber es wird sich als geschichtlicher Irrtum erweisen, das dem demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie zugrundeliegende Ideal - die Zusammenfügung von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — als überholt abtun zu wollen“ (Frankfurter Rundschau, 26. 6. 1991).

Dr. Horst Heimann,
Freudenberg

Jan Osers: Zwischen Plan und Markt. Die Suche nach einer humanen Wirtschaft, Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1990, 209 S., 64 DM.

Ist es heute überhaupt noch sinnvoll, über *sozialistische* Wirtschaftsordnungen nachzudenken, wo praktisch alle unter dem Begriff „Sozialismus“ firmierende Gesellschaften insbesondere *ökonomisch* gescheitert sind? Sind „Dritte Wege“ in der Gestalt von „Plan-Markt-Modellen“ eine wünschenswerte Alternative nicht nur gegenüber den ineffizienten östlichen Planungssystemen, sondern auch im Ver-

gleich zur leistungsstarken Marktwirtschaft des Westens? Die heutigen reformorientierten Ökonomen der ehemaligen Ostblockländer scheinen derartige Fragen zu verneinen. Nach der Lektüre des zweifelsfrei kompetenten Buchs von Jan Osers hat der Leser, zumindest nach dem unmittelbaren Eindruck der Einzelkapitel, in denen diverse „Alternativmodelle“ authentisch präsentiert werden, ebenfalls gewisse Zweifel an der Realisierbarkeit traditioneller Sozialismusvorstellungen. Zu einem differenzierteren Fazit kann man jedoch mit dem Autor gelangen, wenn man die überlieferten Sozialismusdefinitionen über Bord wirft. Dies betrifft insbesondere die Gleichsetzung einer sozialistischen Wirtschaft mit Gemeineigentum und zentraler Lenkung.

Osers, ein in Mannheim lehrender Wirtschaftswissenschaftler tschechoslowakischer Herkunft, hat bereits in einem früheren Buch „Sozialistische Wirtschaftsmodelle“ (Campus-Verlag, 1980) analysiert und verglichen, wobei es in dieser Arbeit sowohl um ideelle Konzepte (Marx-Engels, Lange, Sik und andere), als auch um real existierende Systeme (Stalinismus, Jugoslawien) ging. Diesmal werden lediglich theoretische Konzeptionen einiger Autoren untersucht und kritisch gewürdigt. Die neun dargestellten Idealvorstellungen können sinnvollerweise in drei Gruppen untergliedert werden: Zunächst werden „der Marxschen Tradition verhaftete“ Konzepte präsentiert (Charles Bettelheim, Ernest Mandel, Rudolf Bahro). Es folgen drei nicht unbedingt mit dem Attribut „sozialistisch“ zu deutende Alternativen (Joseph Huber, Tibor Liska, Eugen Löbl). In den abschließenden Kapiteln diskutiert der Autor die Ideen von Alec Nove, von Ota Sik und seinen Mitstreitern im Prager Frühling von 1968, sowie von Steänbrenner.

In den Konzepten von Bettelheim und Bahro, die beide von ihren hier dargestellten Vorstellungen mittlerweile abgerückt sind, dominiert eine links-utopische Note, die an den Maoismus erinnert (Eliminierung von Marktmechanismen, Basisdemokratie und gleichzeitig - dem entgegen-

stehend - Führungsanspruch der Kommunisten, das Bild eines „neuen Menschen“). Weniger ausgeprägt und realitätsnäher ist das Marxsche ZukunftsmodeU von Mandel, der eine Übergangsphase von der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einer Art sozialistischer Überflußgesellschaft postuliert. Es fällt Osers angesichts der bitteren Erfahrungen mit dem Realsozialismus und der kritischen Reformdebatten osteuropäischer Ökonomen nicht schwer, die Realisierbarkeit der marxistischen Sozialismusvorstellungen in Zweifel zu ziehen.

Der deutsche Sozialwissenschaftler Huber will ähnlich wie sein ungarischer Kollege Liska und wie der in die USA emigrierte Slowake Löbl entscheidende Elemente sozialistischer Institutionen - etwa das Staatseigentum an Produktionsmitteln und die zentrale Planung — durch neue Systemelemente ersetzen: Huber denkt an selbstverwaltete Betriebe, in denen das Betriebsvermögen „neutralisiert“ wird und die Marktkoordination genutzt bleibt; Liska will die Arbeiter und Angestellten am Unternehmenskapital beteiligen („persönlich-gesellschaftlich“ organisieren) und den Staat aus dem Marktgeschehen nahezu völlig heraushalten; Löbl betont die Rolle des intellektuellen „Humankapitals“, ohne sich allzu konkret über Lenkungsinstitutionen zu äußern. Man merkt, daß diese drei Autoren die Schwachstellen des „Realsozialismus“ kennen, daß ihre Alternativlösungen jedoch, wie Osers zu Recht bemängelt, den Test der „Machbarkeit“ kaum bestehen würden.

Die drei abschließenden Entwürfe erhalten vom Verfasser eine bessere Note. Insbesondere der Brite Alec Nove, einer der prominentesten Sowjetforscher, konzipiert ein ökonomisches Sozialismusbild, das - so die Einschätzung des Rezensenten - unverkennbare Ähnlichkeiten mit sozialdemokratischen Programmen Bad-Godesberger Provenienz aufweisen: Eine Vielfalt von Eigentumsformen, wobei öffentliches und genossenschaftliches Eigentum ein größeres Gewicht einnehmen sollten als in den bestehenden westlichen

Systemen, ein Zusammenspiel von marktwirtschaftlicher Lenkung und staatlicher Wirtschaftspolitik (Stabilitäts-, Struktur-, Sozialpolitik), kurz eine Wirtschaftsordnung, in der verschiedene Instrumente sozialistischen Werten unterzuordnen wären - das sind die Merkmale eines machbaren („feasable“) Sozialismus.

Als ehemaliger Mitstreiter der Prager Reformer zeichnet Jan Osers ein authentisches Bild der tschechoslowakischen Reformdiskussionen der sechziger Jahre. Neben den Ideen von Ota Sik werden Auffassungen weiterer tschechischer Autoren rezipiert, so daß ein vielfältiges Bild der damaligen Entwürfe entsteht. Es ist vermutlich dem Zeitpunkt der Vollenendung des Buchmanuskriptes zuzuschreiben, wenn der Autor die *Kontinuität* der Ideen des Prager Frühling und der unmittelbar nach der sanften Revolution vom November 1989 präsentierten Konzepte herausstellt. Mittlerweise ist klar geworden, daß es den heutigen Reformern in der CSFR nicht mehr um eine „sozialistische“ Marktwirtschaft, um einen „Dritten Weg“ geht, sondern um eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung westlichen Zuschnitts. Schließlich stammt der Spruch „Der Dritte Weg führt in die Dritte Welt“ von Vaclav Klaus, dem führenden tschechischen Politiker der Gegenwart.

Steinbrenner plädiert für die Realisierung eines „laboristischen“ Modells, in dem die Arbeitnehmer gegenüber den Kapitaleignern als „Arbeitspartner“ auftreten, wobei sie sukzessive am Betriebsvermögen, insbesondere aber an den Entscheidungen partizipieren. Die institutionellen Regelungen können verschiedene Formen erfahren, die Gewichtung von Arbeit und Kapital kann unterschiedlich konzipiert werden. Die Diskussion zum „Laborismus“ ist, insbesondere in gewerkschaftlichen Kreisen, nicht zuletzt auch auf den Seiten dieser Zeitschrift, nicht neu, die denkbaren Vorzüge stehen bekannten Widrigkeiten seitens der Arbeitnehmer - insbesondere durch die Verbindung von Beschäftigungs-, Einkommens- und Unternehmensrisiko - gegenüber.

Die Analyse der im Buch diskutierten Entwürfe führt den Verfasser zur Frage über die „Zukunft des Sozialismus“. Alles hängt davon ab - so schlußfolgert Osers konsequenterweise -, wie *der Sozialismus* definiert wird. Klebt man an den traditionellen institutionellen Erklärungsansätzen - Gemeineigentum, Planung -, dann gibt es für diese Zielvorstellung wohl keine Perspektive. Der Autor bezieht sich auf seine „eigene Definition aus dem Jahre 1980“, derzufolge das Ziel des Sozialismus sei, „über gleiche politische Bürgerrechte der liberalen Demokratie hinausgehend, eine maximal mögliche Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder durch ihre weitgehende ökonomische Gleichstellung zu erreichen“. Osers mißt also die von ihm befürwortete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an den sozialistischen Grundwerten — Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - und an deren Durchsetzbarkeit, die wohl in der von Nove angedeuteten Stoßrichtung möglich erscheint. Und diese Position ist durchaus vertretbar.

Jiří Kosta,
Frankfurt/M.

Gloria Müller: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 -1975, Klartext-Verlag Essen 1991, 459 S., 29,80 DM; Dies.: Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht, Unternehmer, Gewerkschaften, Schwann Verlag, Düsseldorf 1987, 314 S., 00 DM.

Die Bedeutung der Unternehmensmitbestimmung ist bis heute zwischen den sozialen Kontrahenten in der Bundesrepublik Deutschland umstritten geblieben, auch wenn sich spätestens seit den praktischen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 eine gewisse Ernüchterung breitgemacht hat, die den Kontroversen viel von ihrer zeitweiligen Schärfe genommen hat. Im Vorfeld und im Kontext der Angleichung der arbeitsrechtlichen Strukturen in den EG-Staaten zeigen sich freilich die alten Konfliktli-

nien; auch wenn sich die Mehrzahl der mitbestimmten deutschen Unternehmen - nicht zuletzt aufgrund keineswegs nur negativer Erfahrungen mit dem deutschen Mitbestimmungsrecht - letztlich arrangiert hat, werben sie keineswegs für eine europaweite Ausdehnung des deutschen Modells, sondern sehen eher die Chance, über den Umweg Europa deutsche Regelungen revidieren zu können. Diese Ambivalenz zwischen in der Regel positiven oder zumindest „neutralen“ Erfahrungen aus der Mitbestimmungspraxis und einer politisch-ideologisch motivierten Abwehrhaltung kann als ein zentrales Kennzeichen der Mitbestimmungsdebatten und -erfahrungen in Deutschland angesehen werden; ein Kennzeichen, das bereits für den Streit um das Betriebsrätegesetz in der Weimarer Republik typisch war.

Die beiden hier vorzustellenden Arbeiten der Düsseldorfer Historikerin Gloria Müller knüpfen an die politischen Debatten um die Unternehmensmitbestimmung an. Auch Gloria Müller schreibt, wenngleich sie die Bedeutung der Erforschung der Mitbestimmungspraxis mehrfach nachdrücklich betont, letztlich eine politische Geschichte der Mitbestimmung, insbesondere der paritätischen Mitbestimmung in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie. Gleichwohl können beide Arbeiten als außerordentlich innovativ, die letztere Arbeit faktisch als Pionierstudie angesehen werden. Mit ihrer als Dissertation entstandenen Arbeit über die Entstehung der Montanmitbestimmung in der frühen Nachkriegszeit hatte Müller insofern Neuland betreten, als sie—neben dem Nachweis, daß die ab 1947 eingeführte paritätische Unternehmensmitbestimmung keineswegs der traditionellen gewerkschaftlichen Programmatik entsprach, ja der Weimarer Konzeption der Wirtschaftsdemokratie in gewisser Weise entgegengesetzt war - die Bedeutung der Mitbestimmung für die Pazifizierung der Arbeiterschaft und die Durchsetzung von Entflechtung und Kontrolle der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie herausgearbeitet hat. Dabei

zeigt sie klar, daß weder die Gewerkschaften die Montanmitbestimmung als eine Art Linsengericht für den Verzicht auf weitergehende Forderungen betrachteten (Sozialisierung, Wirtschaftsdemokratie), noch die Protagonisten der 1947 eingeführten Regelung auf Seiten der Stahl-treuhandverwaltung und der britischen Besatzungsmacht in ihrem Konzept mehr sahen, als eine situative Krisenlösung, die keineswegs auf Dauer als Mittel zur reformerischen Wirtschaftsgestaltung gedacht war. Vor diesem Hintergrund erscheint denn auch die gesetzliche Verankerung der Montanmitbestimmung 1951 nicht als zwangsläufige Festschreibung bestehender Strukturen, sondern durchaus als gewerkschaftlicher Erfolg, auch wenn er mit erheblichen Zugeständnissen erkaufte wurde.

Die Ergebnisse der Dissertation weisen jene Faktoren nach, die zu einer letztlich nur durch gewerkschaftlichen Druck dauerhaft verankerten neuen Form der Unternehmensmitbestimmung im Bereich der Montanindustrie führten. Die Beschränkung auf nur eine beziehungsweise zwei eng verbundene Branchen, wenngleich von vielen Gewerkschaftern nur als Durchgangsstation begriffen, blieb freilich dauerhaft erhalten und mußte auf diese Weise zu einem doppelten Problem werden. Zum einen stellte sich die Frage, ob eine Sonderregelung auf Dauer wirklich zu sichern war, deren Zustandekommen sich der Nachkriegskonstellation und starkem politischen Druck der Gewerkschaften verdankte, wenn sich jene situativen Faktoren veränderten. Zum anderen konnte die Entwicklung der Branche selbst dadurch zum Problem werden, daß sich technische und Unternehmensstrukturen wandelten, die zu einer stetigen, konfliktbesetzten Anpassung der Mitbestimmungsregelungen zwangen, ja die schließlich eine Strukturveränderung der Unternehmen einleiteten, die deren Montancharakter prinzipiell in Frage stellte.

Diesen Fragen widmet sich die umfangreiche, 1991 erschienene Studie, die auf ein von der Hans-Böckler-Stiftung finan-

ziertes Forschungsprojekt an der Ruhr-Universität Bochum zurückgeht. Ihr Pioniercharakter ergibt sich zum einen aus der Langfristigkeit der Untersuchung, zum anderen aus der Verknüpfung von Strukturwandel und Unternehmensmitbestimmung. Im Ergebnis kann Müller auf der Basis der Auswertung umfangreichen Quellenmaterials (aus Unternehmens-, staatlichen und Gewerkschaftsarchiven) sowie gedruckter Unterlagen schlüssig nachweisen, daß die Beschränkung der paritätischen Mitbestimmung auf die Montanindustrie diese in verhängnisvoller Weise an einen technisch-organisatorischen Strukturwandel kettete, der ihr tendenziell die Substanz entzog, vor allem aber zu ständigen gesetzlichen und vertraglichen Anpassungsprozessen zwang, die jeweils in einem hochgradig politisch aufgeladenen Entscheidungsfeld stattfanden, in dem der Einfluß der Gewerkschaften zu keinem Zeitpunkt mehr die Bedeutung hatte wie während der Mitbestimmungsdebatte 1950/51. Der Niedergang des Modells Montanmitbestimmung leitet sich daher aus der Verknüpfung von Branchenbeschränktheit, technisch-organisatorischem Strukturwandel und politischer Defensive der Gewerkschaften her.

Dieser Niedergang ist indes nur insofern eingetreten, als in der Montanmitbestimmung der Beginn umfassender wirtschaftlicher Mitbestimmungsbefugnisse von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern in den Unternehmen gesehen

wurde. Derartige Hoffnungen haben sich in der Tat nicht nur nicht erfüllt; im Gegenteil kann Müller in detail zeigen, daß selbst die bestehenden Regelungen einem stetigen Erosionsprozeß unterworfen blieben. Gleichwohl gesteht sie resümierend ein, daß mit dieser politischen Geschichte und ihrem aus der Sicht der Gewerkschaften wenig befriedigenden Ergebnis nicht die Geschichte der Bedeutung der Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb geschrieben ist. Sie weist selbst auf die hohe sozialintegrative Funktion der Montanmitbestimmung hin und vermutet, daß von ihr zumindest im Bereich der sozialen Gestaltung des Strukturwandels in den Unternehmen wichtige Impulse ausgingen. Mehr noch dürfte in Anlehnung an betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse zur Praxis der Unternehmensmitbestimmung nach dem 1976er Gesetz zu erwarten sein, daß mitbestimmte Unternehmen im Laufe der Zeit veränderte Kommunikations- und Entscheidungsprozesse aufweisen, die das Unternehmen letztlich handlungsfähiger machen, was in aller Regel auch den dort beschäftigten Arbeitnehmern zu Gute kommt. Freilich sind diese Forschungsergebnisse singulär und zeitpunktbezogen. Eine historische Aufarbeitung der Mitbestimmungspraxis fehlt noch. Ihre politische Geschichte kann indes mit den beiden Arbeiten von Gloria Müller in Zukunft als bekannt vorausgesetzt werden.

Werner Plumpe,
Bochum